

Mitgliederzeitschrift für die Bediensteten des Justizvollzugs

Der VOLLZUGSDIENST

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

BSBD
Gewerkschaft Strafvollzug



dbb
beamtenbund
und tarifunion

CESI
ALL WORKERS ALLIANCE

3 | 2 0 2 5
72. Jahrgang

Neue Bundesregierung, neue Herausforderungen



Foto: BSBD Bundesleitung

René Müller, BSBD Bundesvorsitzender

Wer wirklich Sicherheit will, muss den Vollzug mitdenken!





STUV ACADEMY

Sicherheit verstehen. Verantwortung übernehmen.

Praxisorientierte Qualifizierung für die verantwortungsvolle Tätigkeit als Schlossbeauftragte:r – in unseren bewährten Seminaren erwerben Sie fundiertes Fachwissen rund um Schließsysteme, Zutrittsorganisation und die Rolle der Schlossbeauftragten in öffentlichen Einrichtungen.

Jetzt informieren und direkt anmelden: www.stuv.de/stuv-academy

Mitglied im
 dbb beamtenbund und tarifunion
 Europäische Union der
 Unabhängigen Gewerkschaften
 (CESI)



Bundvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd-bund.de www.bsbd.de
Stellv. Bundvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd-bund.de
Stellv. Bundvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd-bund.de
Stellv. Bundvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd-bund.de
Stellv. Bundvorsitzende	Dörthe Kleemann	doerthe.kleemann@bsbd-bund.de
Stellv. Bundvorsitzender		
Schriftleitung	Martin Kalt	martin.kalt@bsbd-bund.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	

Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Michael Schwarz	bsbdschwarz@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Alexander Sammer	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Dörthe Kleemann	geschaeftsstelle@bsbd-brb.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Sven Stritzel	sven.stritzel@jva.bremen.de
Hamburg	René Müller	rene.mueller@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Wilma Volkenand	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Matthias Nicolay	mpaape@onlinehome.de www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Oliver Mageney	oliver.mageney@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Horst Butschinek	info@bsbd-nrw.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Mark Schallmo Stefan Wagner	mail@bsbd-rlp.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	Thomas Porr	thomas.porr@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-lsa.de www.bsbd-lsa.de
Schleswig-Holstein	Henry Malonn	malonn@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Ronny Rüdiger	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

REDAKTIONSSCHLUSS

Ausgabe 4+5 - 2025: ▶▶▶ 12. September 2025

ERSCHEINUNGSTERMIN

Ausgabe 4 - 2025: ▶▶▶ 16. Oktober 2025

BUNDESHAUPTVORSTAND

Erwartungen des BSBD an die neue Bundesregierung **4**

Angriff auf das Berufsbeamtentum **5**

Tarifverhandlungen 2025 **6**



Seminar für Senioren **7**

Rätselspaß **8**

Lösungen aus 1/2025 **9**

LANDESVERBÄNDE

Baden-Württemberg **11**

Bayern **20**

Berlin **26**

Brandenburg **30**

Hamburg **36**

Hessen **46**

Mecklenburg-Vorpommern **58**

Niedersachsen **59**

Nordrhein-Westfalen **67**

Rheinland-Pfalz **81**

Saarland **86**

Sachsen **95**

Sachsen-Anhalt **99**

Schleswig-Holstein **103**

Thüringen **113**

Impressum **115**

Wer Sicherheit will, muss den Vollzug mitdenken

Erwartungen des BSBD an die neue Bundesregierung

Die systemrelevante Arbeit im deutschen Justizvollzug findet tagtäglich unter schwierigen Bedingungen statt – und dennoch meist unbeachtet von der Öffentlichkeit. Dabei sind es die Beschäftigten in den Justizvollzugsanstalten, die mit ihrer Arbeit einen unverzichtbaren Beitrag zur Sicherheit und Stabilität unseres Landes leisten. Es ist an der Zeit, das öffentliche und politische Bewusstsein für diese Leistungen zu schärfen.

Die Kolleginnen und Kollegen im Vollzug sind nicht nur für die Bewachung von Gefangenen verantwortlich. Sie sind Krisenmanager, Konfliktlöser, Resozialisierungsbegleiter, Ansprechpartner in psychischen Ausnahmesituationen – und oftmals der letzte menschliche Kontakt für Menschen, die den Bezug zur Gesellschaft verloren haben. Diese Arbeit erfordert ein hohes Maß an Verantwortung, Professionalität und Belastbarkeit. Und sie geschieht fast vollständig im Verborgenen.

Gerade die Betreuung von suizidgefährdeten oder psychisch erkrankten Gefangenen sowie der Umgang mit gewaltbereiten, radikalisierten oder extremistischen Insassen verlangt Fähigkeiten, die weit über klassische Sicherheitsaufgaben hinausgehen – Tag für Tag, Schicht für Schicht.

BSBD appelliert an Bundesregierung: Verantwortung übernehmen

Umso unverständlicher ist es, dass der Justizvollzug im aktuellen Koalitionsvertrag und insbesondere im sogenannten „Sicherheitspaket“ der Bundesregierung keine Erwähnung findet. Obwohl es dort um innere Sicherheit, Extremismusbekämpfung, Gefährderstrategien und eine effektivere Strafverfolgung geht, bleibt ausgerechnet jener Bereich ungenannt, der diese Urteile am Ende tagtäglich vollzieht und umsetzt: der Strafvollzug.

Diese Leerstelle ist aus Sicht des BSBD nicht nur enttäuschend, sondern politisch fahrlässig. Denn ohne einen funktionierenden Justizvollzug bleibt jeder sicherheitspolitische Plan Stückwerk. Wer wirklich Sicherheit will, muss den Vollzug mitdenken – in der Gesetzgebung, in der Finanzierung und im politischen Diskurs.

Der Bundesvorsitzende des BSBD, René Müller, hat daher schriftlich Kontakt zum



Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, Dr. Stefanie Hubig

neuen Bundeskanzler Friedrich Merz und zur Bundesjustizministerin Stefanie Hubig aufgenommen. Neben seinen Glückwünschen zur Wahl weist er in seinem Schreiben auf die zahlreichen Herausforderungen und Belastungen im Strafvollzug hin und mahnt konkrete Unterstützung an – auf Bundesebene im Schulterschluss mit den Landesjustizministerien.

Gleichzeitig hat der BSBD seine Gesprächsbereitschaft ausdrücklich angeboten, um seine umfangreiche fachliche Expertise in den politischen Dialog einzubringen. Gerade mit Blick auf die neue Bundesjustizministerin Stefanie Hubig (SPD) verbindet der BSBD die Hoffnung, dass eine offenere und konstruktivere Zusammenarbeit möglich wird als unter ihrem Vorgänger, der den Austausch mit den Fachvertretungen des Vollzugs weitgehend vermissen ließ.

Keine zusätzlichen Belastungen durch Asylpolitik und Abschiebehaft

Mit Nachdruck macht der BSBD außerdem deutlich: Verschärfungen in der Asyl- und Abschiebepolitik dürfen nicht zu zusätzlichen Belastungen im Strafvollzug führen. Die Ausweitung von Abschiebehaft oder verlängerte Inhaftierungszeiten dürfen nicht zu einer Verlagerung in den regulären Strafvollzug führen – weder personell noch infrastrukturell sind die Anstalten dafür ausgelegt.

Abschiebehaft ist kein Strafvollzug und muss auch getrennt davon organisiert werden. Der Strafvollzug darf nicht als Auffang-

becken für migrationspolitische Versäumnisse dienen. Eine klare Trennung beider Bereiche ist unabdingbar, ebenso wie zusätzliche Mittel für mögliche Sonderstrukturen außerhalb des Strafvollzugs.

Bundesvollzug für Hochrisikofälle gefordert

Ein weiteres zentrales Anliegen des BSBD bleibt die Einrichtung eines Bundesgefängnisses für Gefährder, Terroristen und extremistische Hochrisikotraftäter. Diese Personen stellen in den Landesvollzugsanstalten ein Sicherheitsrisiko dar und binden enorme Ressourcen. Ein Bundesvollzug für diese Fälle wäre eine längst überfällige strukturelle Entlastung für die Länder und ein sicherheitspolitisch gebotener Schritt.

Der BSBD fordert klare Schritte: eine faire Bezahlung, bessere Arbeitsbedingungen, moderne Ausstattung, zeitgemäße Personalschlüssel und vor allem politische Anerkennung. Der Justizvollzug kann nur funktionieren, wenn die Politik ihn ernst nimmt und unterstützt – mit Worten und mit Taten. Der Strafvollzug ist ein Teil des Fundaments für den Rechtsstaat. Wer Sicherheit, Prävention und gesellschaftliche Rückführung ernst meint, muss den Strafvollzug auch auf bundespolitischer Ebene einbeziehen. Der BSBD wird weiter dafür kämpfen, dass die stillen Leistungen hinter Mauern gesehen, gewürdigt und gestärkt werden.

Systemrelevanz ist keine Frage der Sichtbarkeit, sondern der Verantwortung. ■

Angriff auf das Berufsbeamtentum

Kritik des BSBD zu Aussagen zur Rentenversicherungspflicht für Beamte

Mit großer Sorge und deutlicher Ablehnung nehmen wir, der Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD), die jüngsten Aussagen von Bundesarbeits- und Sozialministerin Bärbel Bas zur Kenntnis, wonach Beamte künftig in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen sollen. Diese Forderung ist nicht nur sachlich unbegründet, sondern sie stellt auch einen direkten Angriff auf das bewährte Berufsbeamtentum und die besonderen Herausforderungen unseres Dienstes dar.

Beamte, insbesondere im Strafvollzug, übernehmen Aufgaben, die mit außerordentlichen Belastungen, Gefahren und hohen persönlichen Anforderungen einhergehen. Wir arbeiten im Schichtdienst, an Wochenenden und Feiertagen – und das in einer hochbelasteten, sicherheitsrelevanten Umgebung mit ständiger Konfrontation mit Gewalt, Bedrohungen und psychischer Belastung. Die Annahme, dass wir „privilegiert“ seien, ignoriert diese Realität auf sträfliche Weise.

Das deutsche Beamtensystem basiert auf dem Alimentationsprinzip. Beamte verzichten auf das Streikrecht, unterliegen besonderen Treuepflichten und dürfen sich ihre Arbeitsstelle nicht frei wählen – im Gegenzug verpflichtet sich der Staat, sie lebenslang angemessen zu alimentieren, also zu besolden und im Alter durch eine Pension abzusichern. Diese Struktur ist kein „Schlupfloch“, sondern ein rechtsstaatlich legitimes und bewährtes System, das Beamte als Teil der hoheitlichen Staatsstruktur absichert.

Die gesetzliche Rentenversicherung wird zu einem erheblichen Teil durch sogenannte versicherungsfremde Leistungen belas-



René Müller, BSBD-Bundesvorsitzender

tet – etwa die Mütterrente oder Rentenzahlungen für Zeiten der Arbeitslosigkeit. Es ist irreführend zu behaupten, die Einbeziehung der Beamten würde die gesetzliche Rentenkasse sanieren helfen. Im Gegenteil: Die Einzahlungen würden langfristig durch hohe Rentenzahlungen wieder aufgezehrt – ein Nullsummenspiel mit enormem bürokratischem und finanziellem Aufwand.

Die pauschale Forderung, alle Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung zu überführen, stellt einen massiven Systembruch dar. Sie wäre auch mit erheblichen Übergangskosten verbunden. Rücklagen müssten gebildet, Übergangssysteme geschaffen und bestehende Ansprüche berücksichtigt werden.

Schon heute ist der Strafvollzug durch massive Personalnot und einen alarmierenden Nachwuchsmangel gekennzeichnet.

Die Aussicht, bei gleichzeitigem Wegfall von Pensionsansprüchen künftig unter denselben gefährlichen Bedingungen zu arbeiten, würde den Beruf noch unattraktiver machen. Wir brauchen Anreize für junge Menschen, diesen wichtigen Dienst am Rechtsstaat zu übernehmen – keine Abschreckungspolitik.

Die Aussagen von Bundesministerin Bärbel Bas zur Einführung einer Rentenversicherungspflicht für Beamte sind populistisch, kurzsichtig und gefährlich.

Wer den Rechtsstaat stärken will, darf seine tragenden Säulen – wie den Strafvollzugsdienst – nicht schwächen, sondern muss sie stützen, respektieren und angemessen alimentieren.

René Müller, Bundesvorsitzender

- (Your system has a serious problem and needs to be restarted. We only collect all error information and then tray again to restart the system. Wish us luck ...

BSBD
Gewerkschaft Strafvollzug

Die Angehörigen des deutschen Justizvollzuges halten das System am Laufen...

Schon mal darüber nachgedacht?

DEINE GEWERKSCHAFT - DEINE ZUKUNFT

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.
Immobilien-Finanzierung mit Zinsfestschreibung bis zu 20 Jahren oder für die gesamte Laufzeit.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.



Top-Finanz.de • Nulltarif-☎ 0800-33 10 332
Klaus Wendholt • Unabhängige Kapitalvermittlung • Prälathöing-Str. 19 • 46325 Borken

Gemeinsam stark für die Tarifverhandlungen 2025

Gemeinsam stark – jetzt ist der Moment!

Die Tarifverhandlungen 2025 stehen unmittelbar bevor, und es geht um mehr als Zahlen auf dem Papier – es geht um unsere Zukunft, unsere Arbeitsbedingungen und unsere Wertschätzung!

Vom 14. bis 16. April 2025 haben sich die Tarifvertreter der Bundesländer im Hotel Park Soltau intensiv vorbereitet. Mit Entschlossenheit und einer klaren Vision haben wir unsere Positionen geschärft, um in den kommenden Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) entschlossen aufzutreten. Der TVöD-Abschluss gibt uns eine Richtung vor, aber wir wissen: Der TV-L muss noch mehr für uns leisten – ab September 2025 kämpfen wir dafür!

Als eine von 43 Fachgewerkschaften sind wir Teil einer starken Bewegung. Jede Fachgewerkschaft verfolgt das Ziel, das Beste für ihre Mitglieder zu erreichen – und wir tun das mit Nachdruck! Wir kennen den Unterschied zwischen Tarifpflege und Tarifverhandlungen, doch deine Anliegen werden nicht übersehen – sie fließen direkt in unsere Forderungen ein.

Deine Stimme zählt! Rückmeldungen und Kritik aus den Reihen der Tarifvertreter sind für uns wesentlich. Sie zeigen uns, wo wir noch entschlossener auftreten müssen, und helfen uns, unsere Positionen weiter zu stärken. Wir nehmen deine Anliegen ernst – und wir werden sie durchsetzen. Jetzt heißt es: Zusammenstehen, stark bleiben und für unsere Rechte kämpfen!



Die BSBD Tarifvertreterinnen und -vertreter trafen sich im April im Hotel Park Soltau.

Jetzt zählt dein Einsatz – gemeinsam kämpfen wir für echte Verbesserungen

Unsere Spezialisten des BSBD aus den Bundesländern arbeiten bereits mit Hochdruck an den entscheidenden Details unserer Forderungen. Wir geben uns nicht mit halben Lösungen zufrieden – wir fordern klare Verbesserungen.

Unsere Kernforderungen:

- ▶ Höhere Eingruppierung im AVD – E8/E9 ist das Ziel.

- ▶ Berufsunfähigkeitsversicherung – ein bindender Beschluss des letzten Bundesgewerkschaftstages, der umgesetzt werden muss.
- ▶ Einheitliche Eingruppierung im Sozialdienst – Ungerechtigkeiten zwischen den Bundesländern müssen endlich der Vergangenheit angehören.
- ▶ Schluss mit dem Boykott der TdL in der Tarifpflege – wir lassen uns nicht ausbremsen.

Jetzt liegt es an uns: Nur wenn wir entschlossen und gemeinsam auftreten, können wir echte Veränderungen bewirken. Die letzten Verhandlungen haben gezeigt, dass unser Engagement und unser Zusammenhalt Wirkung zeigen – die TdL hat unseren Einsatz mit Respekt wahrgenommen. Dieser Erfolg darf kein Einzelfall bleiben, sondern muss unsere gesamte Strategie prägen.

Es reicht nicht, bloß Forderungen zu stellen. Wir müssen aktiv werden, Flagge zeigen, Druck machen – jeder Einzelne zählt. Mach mit – dein Einsatz macht den Unterschied. Unser Erfolg ist deine Zufriedenheit. Deine Zufriedenheit ist unser Ansporn.

BSBD – Gemeinsam für eine starke Zukunft!



Hat die Pflege in Deutschland noch eine Zukunft?

Seminar für Senioren mit Jan Oliver Krzywanek

Das Seminar für die Senioren fand zu dem Thema „Pflege“ statt. Ein sehr aktuelles Thema mit politischem Hintergrund. Ein Zitat von Oskar Wilde hatte der Bundesseminarleiter als Überschrift für seine Einladung zum Seminar gewählt. Dieses lautete: „Als ich jung war, habe ich geglaubt, dass Geld das Wichtigste im Leben sei. Jetzt bin ich alt und weiß es.“ Hintergrund dieser Überschriftenwahl war und ist die derzeitige und zukünftige Finanzierung der Pflege.

Als Referenten für diese Problematik konnte der stellvertretende Geschäftsbereichsleiter Arbeit, Soziales, Wirtschaft, Frauen, Jugend und Senioren, Jan Oliver Krzywanek, hauptamtlicher Mitarbeiter des dbb in Berlin, gewonnen werden. Ein herausragender Fachmann und auch kompetenter Referent, der von Anfang an seine Zuhörer in den Bann zog. Neben den einzelnen Pflegestufen mit ihren finanziellen Ausstattungen und Möglichkeiten wurde auch der Weg dorthin für die Antragsteller vorgestellt. Die Teilnehmer stellten viele Fragen, auf die der Referent ausführlich einging. Insbesondere konnte Kollege Krzywanek auch seine persönlichen Erfahrungen im familiären Bereich mit der Pflege und deren „Fallstrick“ in die Diskussion einbringen.

Weitere Themen waren Demenz und Demenzformen. Auch hier informierte der Kollege vom dbb Berlin umfassend und nachhaltig. Das Symptombild der Demenz umfasst Einbußen an kognitiven, emotionalen und sozialen Fähigkeiten. Vor allem betroffen sind das Kurzzeitgedächtnis, das Denkvermögen, die Sprache und die Motorik: Bei einigen Formen kommt es auch zu Veränderungen der Persönlichkeit – so Wikipedia. Eine beginnende Demenz zu erkennen – so der Referent – ist schwierig. In kurzen Aufklärungsfilmen wurden die Anwesenden über Anzeichen einer beginnenden Veränderung bei einer Person informiert.

Bundesseminarleiter Winfried Conrad dankte dem Referenten ausdrücklich für den interessanten und informativen Vortrag. In seinem Vortrag griff Kollege Conrad noch einmal die Thematik des Seminars auf, inwieweit die Pflege noch eine Zukunft hat. Fakt sei – so Conrad –, wenn zeitnah die Politik nicht für finanzielle Sicherheit der Pflegekassen sorgt, haben wir in der Zukunft ein Problem: Bei einer alternden Gesellschaft ein Spiel mit dem Feuer.

Apropos Feuer. Kollege Ambrosius Luzius nutzte die Gelegenheit, auf ein weiteres Problem einer älter werdenden Gesell-



Referent Jan Oliver Krzywanek

schaft einzugehen. Themen seines Vortrages waren:

- Rauchmelder retten leben!
- Was machst Du, wenn's brennt?

Luzius regte an, auch in den Seniorenvertretungen der Landesverbände die Thematik aufzugreifen.

Winfried Conrad
Bundesseminarleiter



Fotos: (2) Winfried Conrad

Gruppenfoto der Seminarteilnehmer



Öffentlicher Dienst

BEI UNS ZÄHLT DAS FÜREINANDER

Gemeinsam stark
seit 120 Jahren.




Von Beamten für Beamte gegründet,
stehen wir seit 1905 für eine Gemein-
schaft, die sich gegenseitig unterstützt.
Unser Ziel: Für unsere Mitglieder da sein.



Versichern und Bausparen

Studie zur Privaten Krankenversicherung: Debeka erneut mit bestmöglicher Bewertung ausgezeichnet

In einem Rating zur Privaten Krankenversicherung wurde die Debeka Krankenversicherung vom Branchendienst map-report erneut für „hervorragende Leistungen“ mit der bestmöglichen Bewertung mmm+ ausgezeichnet. Mit 85,70 von 100 möglichen Punkten landet das Unternehmen auf dem dritten Platz aller untersuchten Versicherer. Im Bereich Service erreicht die Debeka 29,10 von 30 möglichen Punkten und landet damit auf der Spitzenposition. Das PKV-Rating des map-reports liefert seit über 20 Jahren eine Analyse und eine umfassende Bewertung der Qualität privater Krankenversicherer anhand von Kennzahlen aus den Bereichen „Bilanz“, „Service“ und „Vertrag“. Es ist somit auch eine wichtige Entscheidungshilfe für Verbraucher bei der Wahl einer Privaten Krankenversicherung.

Die Studienautoren schreiben: „Die Debeka als bisheriger Seriensieger wurde ebenfalls mit der höchsten Bewertung mmm+ ausgezeichnet und erzielte insgesamt 85,70 Punkte. Seit 2021 liefern sich die Debeka, Signal Iduna und LVM ein Kopf-an-Kopf-Rennen um die beste Bewertung, das bis zu dieser Ausgabe ausschließlich zugunsten der Debeka ausging. Insofern dürften auch die kommenden Jahre spannend bleiben.“

„Auch das neue Rating des map-reports zeigt, dass es uns gelingt, unsere Mitglieder über Jahrzehnte hinweg auf höchstem Niveau zu bedienen. Wir wissen aber auch, dass wir dabei nicht nachlassen dürfen. Wir arbeiten täglich dafür, uns für unsere Mitglieder weiter zu verbessern“, sagt Thomas Brahm, Vorstandsvorsitzender der Debeka.

DBV Spezialist für den
Öffentlichen Dienst

Für Beamt:innen

Jeder Cent zählt – vor allem, wenn er geschenkt ist.

Auch kleine Beiträge summieren sich über die Zeit: Nutzen Sie das monatliche Geldgeschenk, das Ihnen Ihr Dienstherr zur Verfügung stellt. Die **DBV VL-Lebensversicherung** bietet Ihnen die passende Lösung für Ihren vermögenswirksamen Sparplan.

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie – persönlich in einer Agentur in Ihrer Nähe oder unter [dbv.de](https://www.dbv.de)



 [dbv.versicherung](https://www.dbv.versicherung)

SONDERKONDITIONEN

für Mitglieder der
dbb Einzelgewerkschaften

Eine Marke der AXA Gruppe



Sitzungen des dbb Vorstandes und dbb Hauptvorstandes

BSBD ist in beiden Gremien vertreten!

Zu Beginn des Tages wurden die Teilnehmer der Sitzung vom Wechsel an der dbb-Spitze überrascht.

Parallel zur morgendlichen Vorstandssitzung veröffentlichte der dbb auf Bundesebene, dass der Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig von seinem Amt zurücktritt. Als Nachfolger schlägt Ulrich Silberbach Volker Geyer vor, Fachbereichsvorstand Tarifpolitik und Stellv. Bundesvorsitzender des dbb. Die Mitglieder von Vorstand und Hauptvorstand des dbb rheinland-pfalz diskutierten die schwierige politische Lage, in der die neue dbb Bundesspitze agieren muss, während am Rande der Sitzungen Nachrichten von der im ersten Wahlgang gescheiterten Bundeskanzlerwahl eingingen.

Die große Regierungskoalition in Berlin hat Stelleneinsparungen im öffentlichen Dienst des Bundes angekündigt und will die Beamtenbesoldung ausrichten auf leistungsorientierte Komponenten, höhere Entscheidungsfreude und Beiträge zur Entbürokratisierung. Viel zu tun also für eine Spitzengewerkschaft, auf deren Fahnen Personalzuwachs und Besoldungsreform ohne Grundgehaltsentwertung stehen.

TVöD Entgeltrunde 2025 Kommunen/Bund Besprochen wurde das auf der Einigungsempfehlung der Schlichtungskommission fußende Verhandlungsergebnis der schließlich vierten und entscheidenden Tarifrunde im öffentlichen Dienst bei den Kommunen und dem Bund (TVöD) vom 06.04.2025.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer rangen sich zu einer moderaten Bewertung des Kompromisses durch, denn er liegt im Detail nah an gewerkschaftlich intern bereits zuvor diskutierten Vermittlungsauswegen aus den seinerzeit erstarrten ersten drei Verhandlungsrunden. Verärgert hat nicht nur die Tarifvertreterinnen und -vertreter im Landesbund die Verweigerungshaltung von Bund und kommunalen Arbeitgebern sowie deren Unwille, gestalten zu wollen.

Um den extremen Aderlass beim Personal zu kompensieren, müssten sich die Bezahl- und Arbeitsbedingungen weiter deutlich verbessern, so die Gremienmitglieder, auch mit Blick auf die zum Jahresende anstehenden Beginn der Auseinandersetzung um den Ländertarifvertrag im öffentlichen Dienst (TV-L).

Allgemeine Personalratswahlen

Da es in einigen Verwaltungssparten bereits Personalratswahlergebnisse gab, tauschten sich die Gremienmitglieder über das Abschneiden der dbb Mitgliedsgerwerkschaften und -verbände aus. Kritisch beleuchtet wurde dabei insbesondere die allgemein verhältnismäßig niedrige Wahlbeteiligung in den Dienststellen.

Da sich nach den Wahlen die Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte in der Landesverwaltung neu konstituieren wird, stellte der dbb Vorstand vorsorglich die Weichen für das Zusammenfinden der Vertreterinnen und Vertreter mit dbb-Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft sowie für die Kandidatur zum dortigen Sprecher-Trio. SWR-Reformstaatsvertrag

Des Weiteren wurde über den im Rahmen der ARD-Reform ebenfalls reformierten Staatsvertrag über den Südwestrundfunk SWR gesprochen.

Stefan Wagner
Landesvorsitzender BSBD RLP



Teilnehmer der Sitzung des dbb RLP

Frühjahrssitzung der AG Justiz im dbb

Die Arbeitsgemeinschaft Justiz unter dem Dach des dbb ist ein Zusammenschluss aller Justizgewerkschaft im dbb. Vertreten sind neben dem BSBD folgende Gewerkschaften:

BDR – Bund Deutscher Rechtspfleger
 DAAV – Deutscher Anwaltsverein
 DGVB – Deutscher Gerichtsvollzieher-Bund
 DJG – Deutsche Justizgewerkschaft

Die Sprecherin der AG, Jella Fiebach vom BDR, hatte zur Frühjahrssitzung nach Mainz ins dbb-Haus eingeladen.

Die Gewerkschaftsvertreter berichteten aus ihren Geschäftsbereichen. Übergreifendes Thema ist unbefriedigende Beförderungssituation, insbesondere im 3. Einstiegsamt, sowie die fehlende Attraktivität des öffentlichen Dienstes.

Alle Teilnehmer berichteten von einer mangelnden Bewerberlage in ihrem Geschäftsbereich.

Ein weiteres Thema der Sitzung war der Abschluss einer Geschäftsordnung für die AG, in der die Zusammenarbeit untereinander, aber auch das Auftreten nach außen, insbesondere gegenüber der Dachgewerkschaft dbb und dem Ministerium der Justiz geregelt wird.

Von Seiten der AG Justiz werden auch regelmäßige Schulungen für Mitglieder der Personalräte angeboten und durchgeführt. Hierfür war bisher immer der BSBD in Person des Kollegen Winfried Conrad zuständig. Für dieses Jahr wurde Herr Conrad nochmals mit der Organisation betraut. Im kommenden Jahr beginnt dann die Übergabe dieser Tätigkeit an Stefan Wagner, der diese Aufgabe dann künftig übernehmen wird.

Von Seiten des BSBD nahmen die beiden Landesvorsitzenden Mark Schallmo und Stefan Wagner an der Sitzung teil.

Die entsprechenden Schulungstermine sind auf der Homepage des BSBD einsehbar. ■



v.l.n.r.: Yann Stecyck (DAAV), Markus Greef (DGVB), Jella Fiebach (BDR), Udo Woschitz (DJG), Stefan Wagner und Mark Schallmo (BSBD)



BSBD mit überragenden Ergebnissen bei den Personalratswahlen 2025

Im Hauptpersonalrat beim Ministerium der Justiz-Bereich Justizvollzug stellt der BSBD weiterhin die absolute Mehrheit der Sitze und konnte das prozentuale Ergebnis noch weiter steigern.

Die diesjährigen Personalratswahlen waren für den BSBD Rheinland-Pfalz ein voller Erfolg.

In der überwiegenden Zahl der Justizvollzugseinrichtungen konnte die Mehrheit der Sitze in den Personalräten erreicht oder verteidigt werden. In zwei Drittel der Justizvollzugseinrichtungen stellt der BSBD daneben den oder die Vorsitzende des örtlichen Personalrats.

„Das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler in unsere Kandidaten zeigt, dass vor Ort richtig gute Arbeit im Sinne der Beschäftigten geleistet wird. Dies wurde mit den Wahlergebnissen entsprechend honoriert“, freut sich der Landesvorsitzende Mark Schallmo über die sehr guten Ergebnisse auf örtlicher Ebene.

Schallmo kann daneben auch auf das Ergebnis der Wahlen zum Hauptpersonalrat stolz sein. Hier hat der BSBD seine absolute Mehrheit verteidigt und stellt künftig weiterhin insgesamt sieben Vertreter, sechs Beamte sowie die Beschäftigtenvertreterin, im neunköpfigen Gremium.

Diesem Gremium steht Mark Schallmo seit rund drei Jahren vor. Er wurde in der konstituierenden Sitzung des Hauptpersonalrats einstimmig in seinem Amt als Vorsitzenden gewählt.

Prozentual konnte der das Ergebnis auf Landesebene sogar im Vergleich zur letzten Wahl um rund 10 Prozentpunkte gesteigert werden, fast wäre also noch ein weiterer Sitz für den BSBD hinzugekommen.

Komplettiert wird der Vorstand des Hauptpersonalrates durch die Vertreterin der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Christine Jurgielewicz als erste stellvertretende Vorsitzende und Stefan Wagner als weiteren stellvertretenden Vorsitzenden.

„An dieser Stelle danken wir allen Wählerinnen und Wählern für ihr Vertrauen und natürlich bedanken wir uns auch bei allen Kandidatinnen und Kandidaten für ihre Bereitschaft, für diese wichtige Arbeit zur Verfügung zu stehen“, so Mark Schallmo.

„Natürlich danken wir auch den Wahlvorständen für Ihre wichtige Arbeit, mit der sie für einen reibungslosen Ablauf der Wahlen gesorgt haben.“

Der BSBD Rheinland-Pfalz wird sich weiterhin als starke Interessenvertretung für die Kolleginnen und Kollegen im Justizvollzug einsetzen.

BSBD-Mitglieder im Hauptpersonalrat beim Ministerium der Justiz:

Mark Schallmo (Vorsitzender)
Christine Jurgielewicz (Arbeitnehmervertreterin und erste stellv. Vorsitzende)
Stefan Wagner (stellvertretender Vorsitzender)



**EURE STIMME = UNSER AUFTRAG!
VIELSEITIG WIE DER BSBD!**

Stefan Ternes
Michael Schäfer
Thomas Reichert
Stephan Reinhardt

BSBD-Vorsitzende der örtlichen Personalräte:

JVA Frankenthal: Simon Zielonka
JVA Koblenz: Stephan Reinhardt
JVA Rohrbach: Tobias Jud
JSA Schifferstadt: Lisa Siegwart
JVA Trier: Steffen Kohl
JVA Wittlich: Stefan Wagner
JSA Wittlich: Manuela Schmitt

In der JVA Diez ist der BSBD mit drei Sitzen im von Ver.di geführten Personalrat vertreten.

In den Justizvollzugseinrichtungen Worms, Ludwigshafen und Justizvollzugsschule fand eine Personenwahl ohne Gewerkschaftsbezug statt.

Mark Schallmo
BSBD-Landesvorsitzender

Erstes Etappenziel im Vollzugsleben erreicht!

BSBD Rheinland-Pfalz gratuliert den Absolventinnen und Absolventen zur bestandenen Laufbahnprüfung.

Nach 18-monatiger Ausbildung haben 25 rheinland-pfälzische und 14 saarländische Beamtinnen und Beamte erfolgreich ihre Laufbahnprüfung in der Justizvollzugsschule Rheinland-Pfalz abgelegt.

„Wir freuen uns auf die neuen Kolleginnen und Kollegen. Nach der Zeit der Ausbildung gilt es jetzt, in den neuen Einsatzbereichen Fuß zu fassen. Dazu wünschen wir allen viel Erfolg. Wir als Fachgewerkschaft für den Justizvollzug stehen jeder und jedem zu Seite“, so der Landesvorsitzende Stefan Wagner.

Stefan Wagner LV



Die Teilnehmer des Abschlusslehrgangs

Treffen der BSBD-RLP Landesarbeitsgruppe „AVD“ im Barbarosahof Kaiserslautern

Ende März 2025 traf sich die BSBD-RLP Landesarbeitsgruppe "AVD" in Kaiserslautern.

Der BSBD Landesvorsitzende Mark Schallmo sowie der Arbeitsgruppensprecher Matthias Mottauch begrüßten die zahlreichen Teilnehmer zu diesem Treffen.

Nach einer kurzen Vorstellungsrunde, weil einige Kolleginnen neu in dieser AG vertreten waren, wurde zuerst über die derzeitige Situation des Allgemeinen Vollzugsdienstes in den Justizvollzugsanstalten gesprochen.

Folgende Punkte wurden intensiv besprochen:

- ▶ Einweisung in die mittlerweile durch das JM genehmigten Einsatzfahrten mit Sondersignal und Wegerecht. Hier soll es für alle Bediensteten eine Einweisung in die Fahrzeuge und in die damit verbundenen Rechte und Pflichten bei den Fahrten mit Sonderrechten geben. Aus Sicht der Arbeitsgruppe sollte ein Fahr-sicherheitstraining für alle Bediensteten Pflicht sein.
- ▶ Bei der JVS Wittlich will man einen Bediensteten des Stammpersonals als Bin-

deglied/Mittelsmann zu den Anwärtern finden. Hierdurch sollte der Kontakt zu den Anwärtern verbessert werden und ein direkter Ansprechpartner für sie existieren.

Daneben sollte aus Sicht der Teilnehmer eine Ausbildung für die Ausbilder durchgeführt werden.

- ▶ Für die Lehrkräfte aus den Anstalten sollte es extra Stunden geben. Aktuell gibt es für Lehrkräfte, welche an der Schule ausbilden für die jeweilige Anstalt keinen Ersatz. Die Mehrarbeit muss

somit durch die verbliebenen Kollegen geleistet werden. Denkbar wäre hier die Schaffung von AZV-Stellen, um die Ausfallzeiten der Lehrkräfte in den Anstalten zu ersetzen.

- ▶ Immer mehr Gefangene werden wegen Drogenmissbrauch (aktuell NPS) auffällig. Es wurde über Lösungsvorschläge gesprochen, wie man die Problematik eindämmen könnte. Die JVA Zweibrücken hat ein E-Mail-Konto für Gefangene eingerichtet, um weniger Papierpost zu erhalten. Die JVA Wittlich kopiert beispielsweise die Post von betroffenen Gefangenen. Die AG fordert die Möglichkeit des E-Mailverkehrs von Angehörigen an Gefangene für alle Anstalten, dies würde ein größeres Maß an Sicherheit in diesem Bereich darstellen.
- ▶ Die Möglichkeit der Einführung von Sicherheitsgruppen für die JVA's besprochen. Der Kollege Leimann informierte, dass hierfür keine explizite DET Ausbildung notwendig ist. Daneben signalisierte er seine Bereitschaft die entsprechende Ausbildung für diese Gruppen zu übernehmen.
- ▶ Fraglich ist aus Sicht der Teilnehmer, ob der Einbehalt von 70 % Trennungsgeld an der JVS noch zeitgemäß ist? Früher wurde an der JVS Wittlich „frisch“ für die Anwärter/innen gekocht. Aktuell nehmen die Anwärter an der Gefangenenverpflegung der JVA Wittlich teil, was wahrscheinlich kostengünstiger ist.
- ▶ Letztlich wurde die Frage erörtert, ob die Fahrt der Anwärter zur Ausbildung nach Wengerohr abgesichert sind? Auch stellt sich die weitere Frage, ob hier Reisekosten erstattet werden? Hier will man Aufklärung schaffen und notfalls handeln.

Die AG trifft sich erneut, aufgrund der vielen neu aufgetauchten Themen, noch vor den Sommerferien wieder. Als Termin wurde der 24. Juni 2025 festgelegt.

Matthias Mottausch
Gruppensprecher

Philipp Fernis neuer Justizminister in Rheinland-Pfalz

BSBD gratuliert und zeigt Gesprächsbereitschaft für die wichtigen Themen des Justizvollzugs.

Anfang April wurde der FDP-Politiker Philipp Fernis im rheinland-pfälzischen Landtag als neuer Justizminister vereidigt. Er folgt auf den im Februar plötzlich verstorbenen Minister Herbert Mertin.

Im Justizvollzug ist Fernis kein Unbekannter. Von 2016 bis 2021 war er unter Mertin als Staatssekretär im Justizministerium tätig. Seit 2021 bis jetzt war er Fraktionsvorsitzender der FDP im rheinland-pfälzischen Landtag.

Philipp Fernis wurde am 20. Mai 1982 in Mainz geboren. Nach seinem Studium der Rechtswissenschaften und dem Rechtsreferendariat in Rheinland-Pfalz arbeitete Fernis zunächst als selbständiger Rechtsanwalt und anschließend im Statistischen Bundesamt, dort zuletzt als Referatsleiter im Justizariat.

Anlässlich seiner Berufung in das Landeskabinett erklärte Philipp Fernis:

„Mit großer Freude übernehme ich das Amt des rheinland-pfälzischen Justizministers. Gleichzeitig bin ich mir der Bedeutung der bevorstehenden Aufgaben bewusst. Ich folge einem Minister nach, an dessen herausragende Leistungen ich anknüpfen will. In besonderer Weise hat sich Herbert Mertin um eine funktionsfähige Landesjustiz verdient gemacht. Sei es bei der personellen und sachlichen Ausstattung unserer Behörden, den Verfahrensdauern oder Fragen der Digitalisierung: Die rheinland-pfälzische Justiz steht gut da! Doch die Herausforderungen für den liberalen Rechtsstaat wachsen. Als Vorsitzender der FDP-Fraktion im Landtag und in meiner Zeit als Staatssekretär im Ministerium der Justiz unter Herbert Mertin in den Jahren 2016 bis 2021 habe ich mich intensiv mit den Themen befasst, die die Justiz bewegen. Nun bin ich bereit, sie in neuer Funktion und mit neuer Verantwortung anzupacken!“

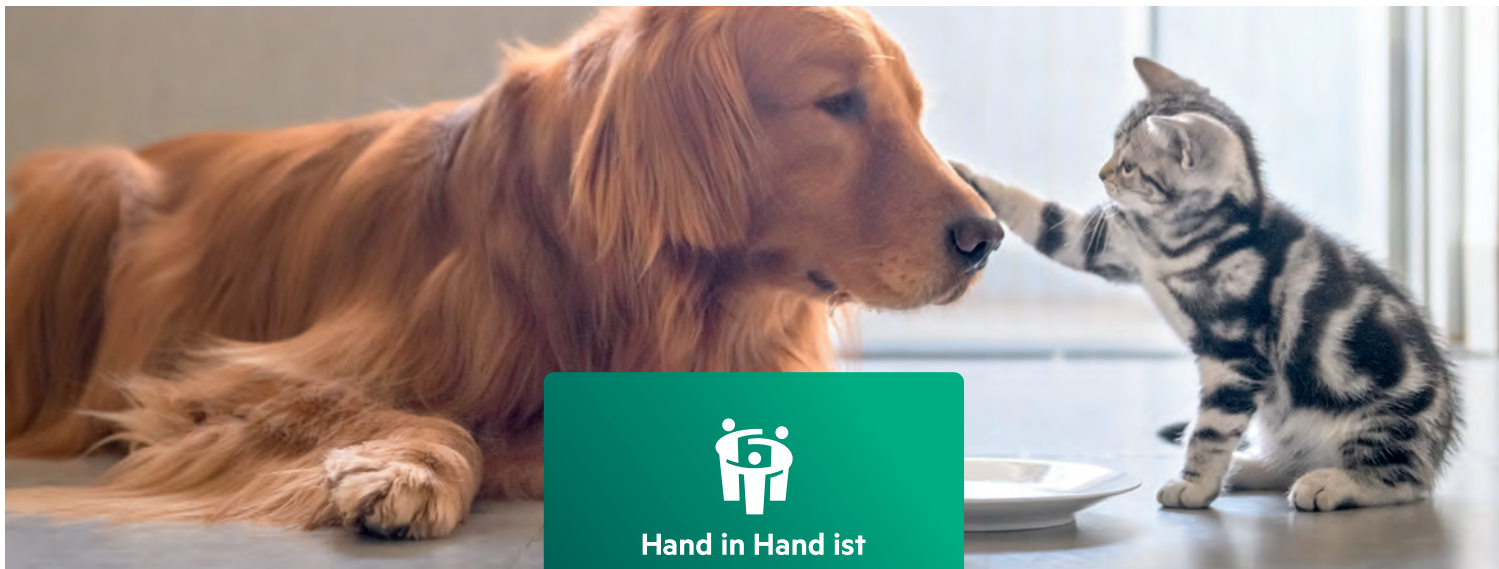
„Unser Rechtsstaat muss sich behaupten. Dabei ist eine unabhängige Justiz, die über die nötigen personellen und sachlichen Mittel verfügt, wichtiger denn je. Nach der flächendeckenden Einführung der elektronischen Akte an Gerichten und Staatsanwaltschaften im Lauf dieses Jahres muss außerdem die Digitalisierung der Justiz weitergehen. Dazu zählt neben dem Einsatz von KI zur Unterstützung der Arbeit bei Gerichten und Staatsanwaltschaften auch die weitere Digitalisierung und Vereinfachung von Verfahren. Die Signale des Bundes zur Fortführung eines Rechtsstaatspakts sowohl für Personal als auch für die Digitalisierung sind daher richtig und wichtig. Nicht vergessen dürfen wir dabei aber, dass neben den Gerichten und Staatsanwaltschaften auch der Justizvollzug eine tragende Säule einer funktions- und zukunftsfähigen Justiz ist“, so Fernis weiter.

Der BSBD Landesverband hat dem neuen Justizminister zu seiner Ernennung gratuliert und gleichzeitig seine Gesprächsbereitschaft über die aktuellen und wichtigen Themen im Justizvollzug angeboten. Derzeit erfolgt die Abstimmung über einen Termin für ein persönliches Gespräch.

Vorrangig wird dabei aufgrund der jüngsten und gravierenden Vorfälle die Sicherheit der Bediensteten im Justizvollzug stehen. ■



Staatsminister Philipp Fernis




Hand in Hand ist
HanseMerkur

Sicherheit für alle Felle – die Tierversicherung für Hund und Katze

Unsere Haustiere sind Familienmitglieder – und genau wie wir können sie krank werden oder einen Unfall haben. Während unsere Behandlungskosten meist von der Krankenversicherung übernommen werden, zahlen Tierhalter selbst.

Fast die Hälfte aller Hunde und Katzen benötigt mindestens einmal im Leben eine OP. Neben den Eingriffskosten fallen weitere Ausgaben für den Aufenthalt und die Nachsorge an. Eine OP-Versicherung bietet hier finanzielle Sicherheit. Auch Routinebesuche beim Tierarzt summieren sich: Die häufigste Leistung ist die „Allgemeine Behandlung mit Beratung“. Eine Tierkrankenversicherung deckt neben Operationen auch diese Kosten ab.

Das Beste: Eine gute Versicherung muss nicht teuer sein. Lassen Sie sich unverbindlich beraten und finden Sie die optimale Absicherung für Ihr Haustier.

- ✓ Alle Hunderassen versicherbar
- ✓ Bis zum 4-fachen GOT-Satz
- ✓ Freie Tierarzt- und Klinikwahl
- ✓ Auf Wunsch mit Zahn-Baustein
- ✓ Individuelle Beratung
- ✓ Schnelle, digitale Erstattung



**Ihr Ansprechpartner für den Strafvollzug
Generalvertreter Bastian Wartenberg**

Telefon 0176-66802225
bastian.wartenberg@hansemerkur.de
www.hansemerkur.de/bastian.wartenberg



**Gleich online
abschließen!**

